Auch Transportunternehmer wollen Gewerbekehricht abholen dürfen. Foto: Michael Schneeberger

Der Bund 18.9.13

Der Kampf um den Kehricht

Städte und die Transportbranche streiten darüber, wer den Abfall von Firmen entsorgen darf. Je nach Ausgang drohen den Haushalten höhere Gebühren.

Fabian Renz

Lässt sich Dreck in Gold verwandeln? Das Transportgewerbe will es jedenfalls versuchen. Den politischen Anfang machte Carlo Schmid, früherer Chef des Schweizerischen Nutzfahrzeugverbands (Astag) und Ex-CVP-Ständerat, vor über sieben Jahren: Er brachte im Parlament eine Motion gegen das «Transport- und Entsorgungsmonopol für Gewerbekehricht» durch. Den Transporteuren sollte es offen stehen, anstelle des Staates den Abfall von Industrie- und Gewerbebetrieben zu entsorgen. Mittlerweile hat das Bundesamt für Umwelt (Bafu) einen Umsetzungsvorschlag erarbeitet.

Nun zeichnet sich auf einmal ab, dass das Parlament seinen Entscheid widerrufen könnte. Grund dafür ist eine Gegenoffensive des Städteverbands, des Gemeindeverbands und der Bau- und Planungsdirektorenkonferenz. Vor allem die Kommunen sind nicht gewillt, auf die Gebührenerlöse aus dem Gewerbekehricht zu verzichten. Eine Motion von Städteverbandspräsident Kurt Fluri (FDP, SO), die einen Abbruch der Liberalisierungsübung verlangt, ist im Nationalrat bereits gutgeheissen worden.

Im Ständerat scheinen die Städte dank geschicktem Lobbying nun ebenfalls vor einem Erfolg zu stehen. Zwar lehnte die vorberatende Kommission Fluris Ansinnen noch mit 8 zu 2 Stimmen ab. Kurz vor der laufenden Session jedoch warnten der Städteverband und seine Verbündeten die Räte brieflich vor den Folgen der Liberalisierung: 150 Millionen Franken an Gebührengeldern würden jährlich fehlen. Da half es nichts mehr, dass Bundesrätin Doris Leuthard die Ratsmitglieder letzte Woche sichtlich genervt an ihren früheren Entscheid erinnerte: Man habe «sechs Jahre an einer Lösung gearbeitet», und durch ein Ja zur Motion «würden Sie alle Arbeiten zunichtemachen». Das Plenum entschied schliesslich mit 23 zu 13 Stimmen, Fluris Vorstoss zur erneuten Beratung an die Kommission zu retournieren. Angesichts dieser Mehrheitsverhältnisse dürfen sich die Städtevertreter für den endgültigen Entscheid (vermutlich in der Wintersession) gute Chancen ausrechnen.

25 Prozent mehr bezahlen?

Nationalrat Adrian Amstutz (SVP, BE), Schmids Nachfolger als Astag-Präsident, reagiert verärgert: «Viele Transporteure haben bereits Investitionen getätigt, um sich auf die beschlossene Liberalisierung vorzubereiten. Wenn das Parlament jetzt eine Kehrtwende vollführt, verstösst das gegen Treu und Glauben.» Amstutz ist zuversichtlich, dass der Ständerat das «Monopol der Städte» am Ende doch noch ablehnt – «im Interesse der Gebührenzahlenden», wie der Astag-Chef betont. «Es macht nämlich überhaupt keinen Sinn, in diesem Bereich den Markt auszuschalten.» Der Wettbewerb werde zu einer preisgünstigeren Abfallentsorgung führen.

Der Städteverband warnt freilich vor dem Gegenteil. Die Infrastruktur für die Abfallentsorgung verursache Fixkosten, die beim Wegfall von 150 Millionen Franken nicht mehr gedeckt wären. «Das bedeutet, dass die verbliebenen Gebührenzahler höhere Beiträge leisten müssten», betont Kurt Fluri. Somit dürfte es auch für die Privathaushalte bedeutsam sein, wie der Streit zwischen den Städten und der Lastwagenbranche endet. Der Städteverband hat errechnet, dass die Abfallgrundgebühr bei einem Sieg der Transporteure in manchen Gemeinden um bis zu 25 Prozent anzuheben wäre.

«Auch Kleinfirmen hätten mit höheren Gebühren zu rechnen», betont Pascale Bruderer (SP, AG), die sich im Ständerat für Fluris Motion einsetzt. Gemäss dem Liberalisierungsvorschlag des Bafu wären Firmen mit weniger als 10 Vollzeitstellen nämlich weiterhin der staatlichen Abfallentsorgung zugeordnet – immerhin 87 Prozent aller Betriebe.

Umwelt könnte profitieren

Umgekehrt ist nicht ausgeschlossen, dass die Umwelt von den Astag-Plänen profitieren könnte. Im Bafu hält man dies jedenfalls für möglich. «Wenn wir Carlo Schmids Vorschlag umsetzen, bringt das möglicherweise mehr Abfälle in den Recyclingprozess», erklärt der zuständige Abteilungschef Michel Monteil. Die Unternehmen wären dann nämlich frei, die Transporteure entsprechend zu instruieren. «Der Kehricht müsste nicht mehr direkt in die Verbrennungsanlage, sondern könnte teilweise über ein Sortierwerk der stofflichen Verwertung zugeführt werden», so Monteil.

Das Bafu wird einen allfälligen Kurswechsel des Parlaments letztlich aber nachvollziehen. Auch wenn Leuthard im Ständerat etwas resigniert festhielt, bei einem Ja zu Fluris Motion wisse sie «wirklich nicht mehr, was ich tun soll».